



Bundesrätin Simonetta Sommaruga

DIE ERSTEN 100

Nach einer Wahl zum Bundesrat oder zur Bundesrätin warten alle gespannt auf die ersten 100 Tage im Amt. Die Konstituierung nach der Wahl von Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat zu vielen Diskussionen Anlass gegeben. Umso mehr war das protect-it Team gespannt auf das Interview mit der neuen Bundesrätin.

| von Meinrad Vieli

Frau Bundesrätin, wie verliefen Ihre ersten 100 Tage im Amt als Bundesrätin?

Der Einstieg war happig! Nach nur 100 Stunden im Amt habe ich als Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) an der «Arena» zur Ausschaffungsinitiative teilgenommen ... Daneben habe ich nicht nur Akten studiert, sondern mich mit Menschen ausgetauscht, die täglich die Gesetze und Verordnungen anwenden oder direkt von ihnen betroffen sind.

Wie gelang Ihnen der Wechsel von der Ständerätin zur Bundesrätin?

Man wird nicht einfach von heute auf morgen Bundesrätin. In dieses Amt kann man nur hineinwachsen. Ich mache meine Arbeit mit Freude, spüre aber natürlich auch die grosse Verantwortung und den Erwartungsdruck.

Wie verlief die Einarbeitung in Ihr Departement, wo liegen die Schwerpunkte für die nächsten Monate?

Ich will in den kommenden Monaten vor allem bei

den Themen Akzente setzen, welche die Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz stark beschäftigen: nämlich Migration, Integration und Kriminalität.

Es war kein Geheimnis, dass Sie lieber ein anderes Departement wollten, haben Sie sich in der Zwischenzeit mit dem Justiz- und Polizeidepartement «angefreundet»?

Ja, und zwar sehr schnell. Das EJPD ist ein interessantes Grundlagendepartement und auch ein anspruchsvolles Umsetzungsdepartement. Hier werden die Fragen der Rechtsordnung, der Rechtskontrolle beantwortet. Hier wird Recht aber auch angewendet, oftmals auch mit existenziellen Folgen; etwa wenn es um die Frage geht, ob eine Person Asyl erhält oder nicht.

Zur Person

Simonetta Sommaruga wurde am 14. Mai 1960 in Sins AG geboren und wuchs im Freiamt auf. Sie liess sich nach der Matura am Konservatorium Luzern zur Pianistin ausbilden. Nach Auslandsaufenthalten führte sie ihre Konzerttätigkeit und pädagogische Arbeit am Konservatorium Fribourg weiter. Ab 1993 war sie Geschäftsführerin der Stiftung für Konsumentenschutz, von 2000 bis 2010 deren Präsidentin. Sie war von 1997 bis 2005 Gemeinderätin in Köniz, von 1999 bis 2003 Nationalrätin und von 2003 bis 2010 Ständerätin. Am 22. September 2010 wurde sie in den Bundesrat gewählt. Seit dem 1. November 2010 ist sie Vorsteherin des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements.



TAGE IM AMT

Was sind Ihre Hauptaufgaben in Ihrer neuen Tätigkeit?

Am wichtigsten ist für mich: zuhören. Ich muss nach allen Seiten offene Ohren haben, mit den Leuten sprechen, ihnen zuhören. Nur so kann ich mir ein klares Bild machen. Und nur mit einem klaren Bild lassen sich gute Entscheide fällen.

Was macht Ihnen besonders Freude an der Funktion als Bundesrätin?

Der Austausch mit den interessanten und motivierten Menschen, die mich umgeben, die auf mich zukommen. Er gibt mir die Basis, auf der ich meine Aufgabe

als Mitglied des Bundesrats erledigen kann: an all jenen Fragen mitzuarbeiten, die wirtschaftlich, politisch und auch gesellschaftlich für die Zukunft unseres Landes von Bedeutung sind.

„Das Klima im Bundesrat ist alles andere als rau! Wir tragen unsere Differenzen sachlich und konstruktiv aus. Es herrscht ein vertrauensvolles Klima.“

Wie wollen Sie dem zunehmenden Misstrauen der Bevölkerung der Politik gegenüber entgegenreten?

Indem ich weiterhin gut zuhöre, die Anliegen der Menschen ernst nehme und in möglichst breiten Allianzen Lösungen für die Zukunft suche. Nur auf diese Weise kann der Bundesrat, aber auch die Politik im Allgemeinen, seine Glaubwürdigkeit bewahren.

Ist aus Ihrer Sicht das politische Klima rauer geworden? Welche Rolle spielen die Medien?

Das Klima im Bundesrat ist alles andere als rau! Wir tragen unsere Differenzen sachlich und konstruktiv aus. Es herrscht ein vertrauensvolles Klima. Medien fühlen sich verpflichtet, ihren Stoff attraktiv aufzumachen. Dazu müssen sie den Inhalt oft auf wenige Worte reduzieren. Dass dabei einiges auf der Strecke bleiben kann, darf nicht überraschen.

Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen im Polizeiwesen?

Aufgrund der kantonalen Souveränität im Polizeiwesen gibt es in der Schweiz keine eigentliche «nationale» Polizei. Für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sind primär die 26 Kantone zuständig. Das Bundesamt für Polizei (fedpol) ist als Polizeiamt des Bundes für die Aufdeckung und Verfolgung der Schwerstkriminalität auf Stufe Bund verantwortlich. Gleichzeitig nimmt fedpol auch sicherheits-, verwaltungspolizeiliche und unterstützende polizeiliche Aufgaben wahr. Bund und Kantone sorgen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten also gemeinsam für die Sicherheit des Landes sowie für den

Schutz der Bevölkerung. Herausforderungen dieses föderalistischen Systems sind offensichtlich, wie etwa die Uneinheitlichkeit und Unübersichtlichkeit des Polizeiapparates und das Fehlen einer zentralen Führungsstelle. Um diese wichtige Aufgabe weiterhin erfolgreich und reibungslos zu erfüllen, arbeiten Bund und Kantone regelmässig und intensiv zusammen.

Wie beurteilen Sie die Einbettung der Schweiz in der länderübergreifenden Polizeiarbeit?

Unsere grenzüberschreitende Polizeikooperation steht auf drei Pfeilern: die bilaterale Zusammenarbeit, die europäische Zusammenarbeit sowie die globale Zusammenarbeit. Damit sind wir ausgezeichnet in die grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit eingebunden. Wir können uns aber keinesfalls erlauben, auf ein zentrales Instrument dieser Kooperation zu verzichten. Eine Kündigung von Schengen würde bedeuten, dass einer dieser drei Pfeiler quasi wegfällt. Das hätte negative Folgen für die innere Sicherheit der Schweiz.

Das Thema Sicherheit beschäftigt die Bevölkerung laut Umfragen sehr, wie beurteilen Sie als oberste Sicherheitsverantwortliche diese Situation?

Sicherheit ist eines der grossen Bedürfnisse der Menschen. Sie registrieren Veränderungen in diesem Bereich rasch. Wir alle hören täglich von Überfällen und Straftaten – auch wenn wir selber gar nicht betroffen sind. Diese Wahrnehmung prägt das Gefühl. Nicht immer lässt sich dieses Gefühl statistisch erhärten. Dennoch will ich es ernst nehmen. Für Sicherheit im öffentlichen Raum zu sorgen, ist eine der Kernaufgaben des Staates. Aber nicht nur die Polizei kann einen Beitrag leisten. Wichtig sind Prävention und Erziehung, ebenso wie die Raumplanung oder die Städteentwicklung.

Laut Presse haben wir eine Zunahme von schweren Gewaltdelikten und eine zunehmende Gewaltbereitschaft von Jugendlichen, wie sehen Sie diese Tendenzen und wie wollen Sie ihnen begegnen?

Es ist mir ein grosses Anliegen, dass konsequent und gezielt gegen die Gewalt von Jugendlichen vorgegangen wird. Ich bin überzeugt, dass die Jugendgewalt nur durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Kantonen, Gemeinden, Schulen und vor allem auch Eltern bekämpft werden kann. Um der Jugendgewalt wirksam zu begegnen, hat das EJPD unlängst konkrete Massnahmen für die tägliche Arbeit von Polizei-, Strafverfolgungs- und Strafvollzugsbehörden sowie von Migrationsbehörden erarbeitet. Diese Mass-

nahmen sind als Ergänzung des Berichts des Bundesrates zu verstehen, der vom Eidgenössischen Departement des Innern zum Thema «Jugend und Gewalt» erarbeitet worden ist.

Mit dem relativ hohen Anteil an ausländischen Kriminellen wird viel Wahlpropaganda betrieben, wie sehen Sie diese Entwicklung?

Dieses Thema beschäftigt die Leute. Ich verstehe, dass Politikerinnen und Politiker dieses Thema aktiv ansprechen. Wenn sie damit nicht nur Dampf ablassen oder Zeichen setzen wollen, sondern bereit sind, im Rahmen unserer politischen Prozesse, in der Wirtschaft oder im Privaten an Lösungen mitzuarbeiten, begrüsse ich das sehr. Wir müssen die Besorgnis der Menschen ernst nehmen und Lösungen erarbeiten – etwa im Rahmen des Integrationsplans, den wir gemeinsam mit den Kantonen derzeit erarbeiten.

Gewisse Kreise kritisieren das Schengen-Abkommen und wollen es wieder rückgängig machen, was würde das für die Schweiz bedeuten?

Die Erfahrungen mit Schengen sind positiv. Ich denke da vor allem an das Schengener Informationssystem (SIS), in das auch Schweizer Fahndungsdaten übertragen werden. Das SIS erweist sich als ein effizientes Arbeitsinstrument für die Polizei und das Grenzwachtkorps. Eine Kündigung des Abkommens hätte zur Folge, dass die Schweiz auf die Unterstützung des SIS und auf die erleichterte Polizei- und Justizzusammenarbeit verzichten müsste. Ausserdem würde die Schweizer Grenze wieder zu einer Schengen-Aussengrenze, die Personenkontrollen an der Grenze wären sehr teuer und auch nicht wünschenswert. Sie würden die Mobilität von Schweizerinnen und Schweizern massiv erschweren und würden auch dem Tourismus und der Wirtschaft schaden.

Die Bilder von Flüchtlingen aus Nordafrika beschäftigen die Bevölkerung, wie ist die Schweiz auf mögliche Flüchtlingsströme vorbereitet? Müssen wir mit einer grösseren Anzahl von Flüchtlingen rechnen?

Der Bundesrat verfolgt die Entwicklungen in Nordafrika mit grosser Aufmerksamkeit. Es herrscht in der Schweiz wie auch in anderen europäischen Ländern aber zurzeit keine ausserordentliche Situation, eine Zunahme an Asylsuchenden ist kaum feststellbar. Dennoch ist es wahrscheinlich, dass es zu einer gewissen Zunahme kommen wird, Prognosen sind aber äusserst schwierig. Die zuständigen Bundesstellen bereiten sich zusammen mit den Kantonen ruhig und besonnen auf verschiedene Eventualitäten vor. ◀



„Das Schengener Informationssystem erweist sich als ein effizientes Arbeitsinstrument für die Polizei und das Grenzwachtkorps“.